

»Für den Patienten ist nie genug Geld da, für einen Sarg immer«

Interview mit **Angela Kane**, Beigeordnete Generalsekretärin für politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen, über die unterschätzte Rolle der präventiven Diplomatie, Gute Dienste in Myanmar und Nepal, Sekretariatsreform, sexuellen Missbrauch durch Blauhelme und die Rolle der UN in Irak.

Frage: Frau Kane, Sie sind seit Dezember 2005 Beigeordnete Generalsekretärin für politische Angelegenheiten in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten (Department of Political Affairs – DPA). Was genau sind Ihre Aufgaben?

ANGELA KANE: Es gibt einen Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten. Er hat zwei Beigeordnete Generalsekretäre unter sich. Mein Kollege Haile Menkerios ist verantwortlich für Afrika und für den Sicherheitsrat. Ich bin für den Rest verantwortlich, das heißt Nord- und Südamerika, Europa, Nahost, Asien und Pazifik. Dann gibt es noch zwei weitere Bereiche, die angegliedert sind. Das ist zum einen die so genannte Gruppe Entkolonialisierung [Decolonization Unit], ein sehr kleiner Bereich, und zum anderen die Abteilung für die Rechte der Palästinenser [Division for Palestinian Rights].

Politische Angelegenheiten, das klingt ziemlich umfassend. Wofür ist DPA zuständig, wofür die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze – DPKO? Ist dies immer klar voneinander zu trennen?

Das ist klar voneinander zu trennen. DPKO ist verantwortlich für die 18 Missionen, die die UN in verschiedenen Ländern hat. Das sind Missionen, in denen Blauhelme eingesetzt werden. Die einzigen Ausnahmen, bei denen dies nicht der Fall ist, sind Kosovo und Afghanistan. Dort sind die Blauhelme keine Blauhelme, sondern von der NATO gestellt: die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe ISAF in Afghanistan und die Kosovo-Truppe KFOR. DPA hat auch Missionen, aber ohne Blauhelme. Die Missionen in Nepal und Irak, zum Beispiel, werden von uns geführt. Die politische Abteilung hat praktisch zwei Hauptaufgaben: die eine umfasst die präventive Diplomatie und die Guten Dienste, die andere ist so eine Art Auswärtiges Amt für den Generalsekretär.

In den Bereich Gute Dienste fallen auch die Sonderbeauftragten und Sondergesandten des Generalsekretärs. Die Zahl dieser Gesandten hat sich in den



Angela Kane am 12. Oktober in Berlin.

Foto: Monique Lehmann

letzten Jahren vervielfacht. Derzeit sind etwa 60 im Einsatz. Bereitet dies Probleme?

Es kommt darauf an. Nicht alle Personen sind zu 100 Prozent als Beauftragte tätig. Sie werden zu verschiedenen Einsätzen berufen; dies variiert ein bisschen, und es sind auch nicht nur Einsätze zu Ländern. Es gibt auch viele Beauftragte, die Themen abdecken, zum Beispiel HIV/Aids. Sie werden nicht notwendigerweise vom DPA betreut, sondern von anderen Abteilungen, in diesem Fall etwa von der Weltgesundheitsorganisation.

Wo wir sehr aktiv sind, das sind die politischen Abgesandten. Wenn es sich zum Beispiel um die Großen Seen in Afrika oder um Somalia handelt. Das sind dann Sonderbeauftragte und Sondergesandte, die einen bestimmten politischen Bereich abdecken, und die von uns geleitet werden. Ein aktuelles Beispiel ist Myanmar. Der für dieses Land zuständige Sonderberater Ibrahim Gambari arbeitet eng mit uns zusammen. Wir haben unsere politischen Beamten – political officers – für ihn abgestellt. Diese begleiten und unterstützen ihn inhaltlich. Das ist eingebunden in die Abteilung.

Im Oktober wurde eine Erklärung des Sicherheitsrats zu Myanmar verabschiedet ...

Ja, eine Erklärung des Präsidenten,¹ die abgestimmt werden muss. Das ist insofern bedeutend, als dass dies zum ersten Mal passiert ist. Für eine solche Er-

¹ UN-Dok. S/PRST/2007/37 v. 11.10.2007.

Angela Kane

»Als Frau ist es nicht ganz einfach, sich in der Männerwelt der Vereinten Nationen hochzuarbeiten«, hat Angela Kane einmal gesagt – und doch hat sie es geschafft. Seit Dezember 2005 ist die 59-Jährige als Beigeordnete Generalsekretärin für politische Angelegenheiten die höchstrangige Deutsche im UN-Sekretariat in New York. Mit einer Juniorposition im Büro des damaligen UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim begann im Jahr 1977 die bemerkenswerte Karriere der damals 29 Jahre alten studierten Philologin und Politologin. Nach mehreren Feldaufenthalten in Indonesien und Thailand Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre, kehrte sie zurück in das Büro des Generalsekretärs, dessen Name nun Boutros Boutros-Ghali war. Für ihn arbeitete sie vier Jahre als »Principal Officer« für politische Angelegenheiten und später in verschiedenen Abteilungen im Sekretariat. Immer wieder verließ sie den Amtssitz in New York, um Erfahrungen im Feld zu sammeln. So war sie als Wahlbeobachterin in Nicaragua und El Salvador sowie als Stellvertretende Sonderbeauftragte für die UN-Friedensmission in Äthiopien und Eritrea im Einsatz. In New York leitete sie die Abteilung Amerika und Europa in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und stieg später zur Beigeordneten Generalsekretärin, zuständig für Generalversammlung und Konferenzmanagement, auf. In ihrer heutigen Position in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten ist sie »für alles außer Afrika und Sicherheitsrat« zuständig, unterstützt von einem über 100-köpfigen Mitarbeiterstab.

klärung gibt kein Veto, sondern alle Sicherheitsratsmitglieder müssen im Konsens abstimmen. Das ist deshalb bedeutsam, weil China sich immer dagegen gewandt hat, Myanmar überhaupt auf die Agenda des Sicherheitsrats zu setzen, geschweige denn eine Erklärung zu Myanmar abzugeben. Die Chinesen haben großen Einfluss im Land, auch durch die Handelsbeziehungen und die lange gemeinsame Grenze von knapp tausend Kilometern. Deswegen war es wichtig, dass im Sicherheitsrat diese Erklärung angenommen wurde.

Obwohl sie relativ schwach ist...

Ja, aber man muss den größeren Kontext sehen. Immerhin ist dies eine Erklärung des Sicherheitsrats. Die frühere Stellungnahme war nur eine Presseerklärung. Das Interessante ist, dass sich China dieses Mal nicht dagegen gestellt hat. Dies kommt meiner Ansicht nach auch, weil sich die ASEAN-Staaten vor kurzem in einer sehr scharfen Erklärung gegen Myanmar gewandt haben. Obwohl sie bisher gemeint haben, dass könne man nicht machen, ASEAN sei Familie und man trägt seine Streitigkeiten nicht öffentlich aus. Dieses Mal hat die ASEAN-Gruppe sehr deutliche Worte gegen Myanmar gefunden. Das ist

sehr bedeutsam und dies hat sich, meiner Ansicht nach, jetzt auch im Sicherheitsrat widerspiegelt.

Wenn eine Präsenz der UN in Myanmar politisch möglich wäre, wie könnte sie aussehen?

Die Präsenz der UN in Myanmar besteht schon seit langer Zeit. Dort sind die Hilfsorganisationen der UN angesiedelt, das heißt das Entwicklungsprogramm, das Kinderhilfswerk und so weiter. Das sind üblicherweise die Organisationen, die versuchen, der Bevölkerung des Landes in der Entwicklungszusammenarbeit zu helfen.

Was jetzt ansteht, ist nicht eine Vermittlung, sondern eine Begleitung der Militär-Junta, um zu sehen, wie man die Situation entschärfen kann und wie man ihr eventuell hilft, die Situation zu bewältigen, ohne weiteres Blut zu vergießen. Eigentlich sollte man auch darauf abzielen, eine Einigung zu erreichen zwischen Daw Aung San Suu Kyi und den Gruppen, die sie repräsentiert, und der Junta. Aber das wird lange dauern. Dies kann nicht von heute auf morgen passieren. Man darf nicht vergessen, wie lange die Junta schon an der Macht und wie stark sie im Land ist. Unser Bemühen ist, weiteres Blutvergießen zu vermeiden und zu einer friedlichen Lösung zu kommen.

Es ist im Übrigen nicht das erste Mal, dass wir uns mit Myanmar beschäftigen. Letztes Jahr war Ibrahim Gambari, noch in seiner vorherigen Funktion als Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, zweimal im Land und hat es auch tatsächlich geschafft, den Kontakt zu den Generälen herzustellen – was bestimmt nicht einfach ist; daran sind viele vorher gescheitert. Weil er diesen Zugang gefunden hat, ist er auch zum Sonderberater ernannt worden. Das ist sicher sehr wichtig, weil er jemand ist, dem die Generäle gewillt sind zuzuhören. Davon gibt es meiner Ansicht nach kaum jemanden.

Sehen Sie ein Risiko für Ihre Abteilung in der diesen Sommer beschlossenen DPKO-Reform? Immerhin wird nun die gesamte administrative und logistische Unterstützung für alle Missionen in einer neuen Abteilung für Feldeinsätze (und damit effektiv unter DPKO-Kommando) zentralisiert sein. Was passiert mit den politischen Missionen, für die DPA zuständig ist?

Die DPKO-Reform war sicherlich sehr umfassend. Aber man muss auch sehen, dass das nicht plötzlich aus dem Stand geschehen ist. DPKO hatte bereits zwei Jahre daran gearbeitet. Der Generalsekretär hat gesagt, er macht die DPKO-Reform zu einer Priorität seiner Amtszeit, weil die Friedenssicherung in der letzten Zeit so enorm gewachsen ist. Wir haben derzeit über 100 000 Blauhelme. Wenn noch die Mission in Darfur hinzukommt und eventuell Somalia und Tschad, dann werden wir *summa summarum* 135 000 Blauhelme haben. Das kann von der jetzigen Verwaltung einfach nicht bewältigt werden. Deswegen musste die Abteilung aufgestockt werden.

Darüber hinaus hatte DPKO den Vorschlag gemacht, sich selbst anders zu strukturieren. Darum hat man eine so genannte Hauptabteilung für die Unterstützung der Feldeinsätze (Department of Field Support – DFS) geschaffen und das DPKO, also ›Operations‹, die diese 18 Missionen inhaltlich betreuen. DFS ist für den ganzen administrativen und personellen Unterbau der Missionen zuständig. Das heißt, wenn wir jetzt 1000 Zivilisten nach Darfur schicken, dann sind es unsere Kollegen vom DFS, die diese 1000 Zivilisten rekrutieren – entweder aus dem UN-System oder vom freien Arbeitsmarkt. Das tun sie nicht nur für DPKO, sondern auch für DPA – zum Beispiel für unsere Missionen in Nepal, Irak und in Afrika. Das war aber auch schon vorher so.

Was sich jedoch nun ändern wird, ist, dass der Generalsekretär gesagt hat, er möchte auch DPA reformieren. Das heißt, DPA wird jetzt auch reorganisiert – nicht restrukturiert, sondern verstärkt. Er sagt, im Grunde sind die Vereinten Nationen zu sehr auf das ›Peacekeeping‹ konzentriert. Die Friedenssicherung hat ja momentan einen dreimal so großen Jahreshaushalt wie das reguläre Budget der Vereinten Nationen. Aber die Friedenssicherung ist immer nur das letzte Mittel.

Worauf es eigentlich ankommt, sind Friedensverhandlungen. Zum Beispiel Darfur: Dort muss eine politische Lösung des Konflikts gefunden werden. Der Konflikt ist ja noch da, den beruhigt man vielleicht, wenn man die 26 000 ›Peacekeeper‹ hinschickt. Oder man sagt, der Genozid und das Töten werden beendet, wenn wir die Blauhelme dorthin schicken. Aber eigentlich muss eine politische Lösung her. Der Generalsekretär hat vor kurzem gesagt, DPA sei viel zu schlecht ausgestattet, um diese Aufgaben zu erfüllen. Deswegen müssen wir personell verstärkt werden. Das ist jetzt der nächste Reformschritt. Unser Bericht über die Verstärkung liegt den Mitgliedstaaten vor. Der geht erst zum Beratungsausschuss ACABQ und dann zum Fünften Ausschuss der Generalversammlung [Finanzen]. Wir hoffen, dass der Beratungsprozess noch vor Ende des Jahres abgeschlossen wird. Dies ist für uns sehr wichtig, weil wir dann hoffentlich endlich ausreichende Ressourcen haben, um alles besser abzudecken.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben vorhin von Myanmar gesprochen. Wir haben einen politischen Beamten in unserem Regionalbüro, der sich mit Myanmar befasst. Aber er hat auch noch drei, vier andere Länder zu betreuen. Jetzt aber, wo mehr Bewegung in die Sache mit Myanmar kommt – der Sonderbeauftragte fährt regelmäßig zu Konsultationen dorthin und in andere Länder – brauchen wir zwei Leute, die ihm bei dieser Aufgabe unterstützen. Aber diese zwei Kollegen müssen wir aus der Asien-Pazifik-Abteilung abstellen, das sind zehn Prozent des Arbeitsstabs. Nur damit Sie einmal eine Vorstellung davon bekommen, wie klein die Abteilung ist.

Wie viele Personen sind es denn?

In allen vier Regionalabteilungen sind etwa 50 Personen zuständig für 192 Länder, darunter eine Reihe von Krisengebieten. Dass dies zu knapp ist, ist offensichtlich. Aber es wurde immer ein bisschen beiseite geschoben, weil gesagt wurde, die Friedenssicherung sei wichtiger. Dieser Generalsekretär hat jetzt endlich gesagt, dass auch DPA gestärkt werden muss.

»Die Vereinten Nationen sind zu sehr auf das ›Peacekeeping‹ konzentriert, doch die Friedenssicherung ist immer nur das letzte Mittel. Es muss eine politische Lösung des Konflikts gefunden werden.«

Dies geht zurück auf den Brahimi-Bericht aus dem Jahr 2000. Darin hat Lakhdar Brahimi empfohlen, zunächst die Friedenssicherung zu stärken. Dann sollte als nächster Schritt die Friedenskonsolidierung folgen, das heißt auch eine Stärkung von DPA. Dieser zweite Schritt ist aber nie erfolgt. Vermutlich dachte man sich, die 200 Posten für DPKO reichen erst einmal. Das war schon teuer genug, man wollte jetzt nicht noch mehr. So wurde es immer wieder hintangestellt. Generalsekretär Ban Ki-moon sagt jedoch sehr deutlich, er möchte DPA stärker ausbauen, weil im Grunde genommen die Friedenssicherung sehr viel wichtiger ist als die Friedenssicherung. In Afrika sagt man: Für den Patienten ist nie genug Geld da, für einen Sarg immer.

Auf wie viel Zuwachs hoffen Sie?

Wir hoffen auf um die 90 Stellen. Das wäre für uns eine deutliche Verstärkung, und es sind ja keine großen Summen im Gesamtkontext des UN-Haushalts. Vom Finanziellen her beläuft sich der Zuwachs auf etwa 18 Millionen Dollar pro Jahr. Die ganze politische Abteilung besteht momentan, inklusive der Sekretärinnen, aus etwa 320 Stellen. Das ist natürlich sehr wenig. Da gehört auch der ganze Apparat dazu, der den Bereich Sicherheitsrat abdeckt. Da der Rat mittlerweile fast täglich zusammenkommt, bedeutet allein das einen ziemlichen Aufwand für das Sekretariat. Dann müssen auch noch die vom Rat eingesetzten Sanktionsausschüsse betreut werden. Die Zuarbeit wird von uns gemacht, und das nimmt viel Zeit in Anspruch.

Wie hat sich die Ernennung von Lynn Pascoe, einem Amerikaner, zum Leiter der Abteilung ausgewirkt? Wird die DPA-Arbeit nun von der Gruppe der 77 kritischer gesehen?

Ursprünglich war man schon ein bisschen erstaunt, dass ein Amerikaner zum Untergeneralsekretär ernannt wurde. Andererseits war es ja früher auch lange Zeit ein Engländer, nämlich Kieran Prendergast. Es

hat nie Kommentare dazu gegeben, dass er Engländer war. Darum sehe ich eigentlich keinen großen Unterschied.

Ich finde es eher positiv in der Hinsicht, dass die Ernennung von Lynn Pascoe einen noch direkteren Kontakt zu den USA ermöglicht, die schließlich eine Supermacht ist. Man denkt, er könne mehr bewegen. Was die G-77 aufwerfen, ist der Fokus der aktuellen Reforminitiativen. Bisher ist die ganze Verstärkung der UN im Bereich Friedenssicherung und im poli-

»Die ganze Entwicklungshilfe, die in den letzten 15 Jahren nach Afrika gegangen ist, wurde durch Kriege und Konflikte vollkommen aufgezehrt.«

tischen Bereich angesiedelt. Die G-77-Staaten fragen sich: Wie steht es denn mit der Entwicklungshilfe und dem Wirtschaftsbereich? Wie verstärkt man die UN dort?

Vor kurzem ist eine Studie² erschienen, die belegt, dass die ganze Entwicklungshilfe, die in den letzten 15 Jahren nach Afrika gegangen ist, durch Kriege und Konflikte vollkommen aufgezehrt wurde. Das beweist einmal mehr, wie wichtig es ist, den Frieden zu erhalten beziehungsweise wieder herzustellen, damit ein Land sich auch wirtschaftlich entwickeln kann.

Hat Lynn Pascoe schon Änderungen herbeigeführt?

Eine Änderung, die er herbeigeführt hat – und das begrüße ich sehr – ist, dass er diese personelle Verstärkung unterstützt und vorangetrieben hat. Das ist meiner Ansicht nach genau die Richtung, in die wir gehen mussten. Er hat aber an der Grundkonzeption der Abteilung nichts verändert. Diese personelle Verstärkung wird die Ausrichtung nicht verändern, weil sie richtig ist und funktioniert.

»Der neue Generalsekretär ist ergebnisorientierter als es vielleicht andere vor ihm waren.«

Was der neue Generalsekretär sehr stark unterstreicht, ist Ergebnisorientierung. Es sei zwar wichtig, an einer Sache zu arbeiten, doch die Arbeit müsse auch Resultate zeigen. Er ist ergebnisorientierter als es vielleicht andere vor ihm waren. Er betont das sehr oft. In unserer Arbeit ist es nicht immer möglich, gleich Resultate vorzuzeigen. Auch wenn sie da sind, sind es oft kleine Erfolge, kleine Schritte. Das ist eher das Problem. Die Resultate sind nicht immer sofort zu erkennen, aber dennoch sind unsere Anstrengungen der Mühe wert und auch erfolgreich.

Ich gebe ihnen ein Beispiel. Wir haben letztes Jahr die Nepalesen beim Prozess der Entwaffnung der Maoisten begleitet. Sie haben eine Einigung erzielt. Wir hatten einen sehr guten politischen Mitarbeiter dort, der sich darum gekümmert hat und sehr gut integriert war. Darauf aufbauend ist dann im Januar dieses Jahres die Mission entstanden [UNMIN]. Die Nepalesen wollten auf gar keinen Fall, dass es eine friedenserhaltende Mission wird. Sie wollten eine politische Mission. Unser Mandat ist relativ beschränkt: zum einen das so genannte ›arms monitoring‹, [Überwachung des Umgangs mit den Waffen und dem bewaffneten Personal beider Seiten] und zum anderen die Vorbereitung von Wahlen. Sie haben jetzt allerdings bereits zum zweiten Mal den Wahltermin verschoben. Dann ist es eben das Problem: Was kann man momentan für einen Erfolg vorweisen? Der Erfolg ist, dass der Prozess noch immer am Laufen ist. Wenn jedoch nicht bald Wahlen stattfinden, wird es immer schwieriger zu verhindern, dass nicht alles aus dem Ruder läuft. Weil immer neue Forderungen gestellt werden, und es nicht immer einfach ist, diese zu erfüllen. Wir können dies auch gar nicht. Die Grundentscheidungen müssen von den Nepalesen selbst getroffen werden.

Die letzten drei Jahre unter Kofi Annan waren angesichts der Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs durch Blauhelme und dem ›Öl-für-Lebensmittel-Programm eine nicht gerade angenehme Zeit für die UN. Wie haben Sie selbst diese Zeit erlebt? Waren die Vorwürfe berechtigt?

Es ist natürlich nicht besonders schön, wenn man irgendwo hinkommt und sofort angegriffen wird, wenn man für die UN arbeitet. Ich muss aber sagen, dass es sehr von der Presse hochgespielt worden ist, vor allem in Amerika. Erst einmal war es das ›Öl-für-Lebensmittel-Programm. Da sind sicherlich einige Abläufe nicht korrekt gewesen. Aber man muss auch sehen, dass die einzige Anschuldigung, die noch nicht einmal erhärtet werden konnte, ist, dass einer der höchsten Mitarbeiter etwa 150 000 Dollar an Zuwendungen bekommen haben soll. Man hat es ihm nie beweisen können. Dennoch wurde er in der Presse schon vorverurteilt. Das ist der einzige konkrete Geldmissbrauch, den man einem UN-Beamten zur Last legt.

Was man allerdings festgestellt hat, ist, dass riesige Summen verschoben wurden – von den Nachbarländern und von Ländern, die mit Irak Handel getrieben haben. Aber das hat mit den UN nur insoweit etwas zu tun, als dass die ganzen Verträge, die abgeschlossen wurden, durch den Sanktionsausschuss abgesegnet wurden, das heißt von den Mitgliedstaaten, die im Sanktionsausschuss des Sicherheitsrats sitzen.

Darüber hinaus sind auch einzelne private Geschäftsmänner illegaler Praktiken überführt und da-

für verurteilt worden. Das hat aber alles nichts mit den UN zu tun. Es wird immer gesagt, es seien 36 Milliarden Dollar verschoben worden. Diese Ziffer bedeutet mir schon gar nichts mehr. Ob das jetzt 6 Milliarden waren oder 36 Milliarden. Man wusste gar nicht, wo diese Zahlen herkommen und wie sie sich aufaddieren.

Die Volcker-Kommission hat aber doch mühselig die ganzen Vorkommnisse untersucht und konkrete Ergebnisse präsentiert.

Mühselig kann man wohl sagen. Das war eine ziemlich teure Angelegenheit. Ich fand auch richtig, dass die Untersuchung gemacht wurde. Was aber dabei an Anschuldigungen gegen die UN herausgekommen ist, ist nicht sehr viel gewesen. Das wurde dann von der Presse sehr aufgebauscht.

Wie sieht es mit den Vorwürfen zu sexuellem Missbrauch durch Blauhelme aus?

Mit dem sexuellen Missbrauch, das ist schon etwas, was den UN ziemlich geschadet hat. Ich wurde vor zweieinhalb Jahren vom Generalsekretär gebeten, zu prüfen, worauf das alles beruht. Ich war damals mit einem kleinen Team über zwei Monate in Kongo und habe so eine Art Bestandsaufnahme gemacht und dabei einige Verfehlungen und grundlegende strukturelle Probleme festgestellt.

Erst hieß es, es gebe über 300 Anschuldigungen. Diese Meldung wurde in der Presse verbreitet. Die Realität sah etwas anders aus. Wir haben zwei Schuhkartons bekommen, mit Zetteln, E-Mails und Namen darin. Das haben wir alles gesichtet. Wir hatten oft weder ein Opfer noch einen Tatort noch ein Datum. Man hatte also mehr oder weniger nur Verdächtigungen: Irgendjemand soll irgendwo vergewaltigt worden sein. Man hatte keine Anhaltspunkte, um dem überhaupt nachzugehen. Als wir dann alles untersucht hatten, blieben weniger als 30 konkrete Verdachtsfälle übrig. Denen sind wir auch konsequent nachgegangen.

Es hat sicherlich einige schlimme Fälle gegeben. Prostitution war ein Problem. Und ein Franzose hat Kinder missbraucht und dies auch noch gefilmt. Es war ein wirklich furchtbarer Fall. So etwas kann leider passieren in einer so großen Mission, in einem so großen Land, das von Gewalt und Rechtlosigkeit geprägt ist. Das war außerordentlich bedauerlich und wurde natürlich strafrechtlich verfolgt.

Also nur ein Einzelfall?

Ich will nicht vertuschen, dass eine Reihe von schrecklichen Vergehen begangen wurde. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass viele dieser sexuellen Missbräuche darauf beruhen, dass in Kongo Prostitution ab 14 Jahren erlaubt ist. Die UN sagen, Sex mit Minderjährigen, das heißt unter 18 Jahren, ist tabu, und Prostitution ist sowieso nicht erlaubt.

Aber man muss auch sehen, dass die Armut im Land ziemlich groß ist. Wenn jemand kommt und sagt, »Du wirst jetzt meine Frau für sechs Monate und ich bezahle dich dafür«, dann tun dies sehr viele. So sind die Verhältnisse oft. Das ist sicherlich nicht richtig. Aber es ist sehr schwer, das gänzlich zu unterbinden. Man kann Maßnahmen ergreifen, um diese Praktiken einzuschränken. Viele der Kommandanten zum Beispiel, waren sich gar nicht bewusst, wie verbreitet das war. Warum? Die Soldaten haben sich nach Dienstschluss den Mufti angezogen und sind ins Dorf gegangen. Das haben wir sehr eingeschränkt, was sicherlich nicht einfach ist – weder für die Kommandanten noch für die Soldaten. Können wir sexuelle Ausbeutung und Prostitution jemals ganz unterbinden? Ich glaube nicht. Aber man kann eine Menge dagegen tun.

»Können wir sexuelle Ausbeutung und Prostitution jemals ganz unterbinden? Ich glaube nicht. Aber man kann eine Menge dagegen tun.«

Ein Problem ist doch auch, dass es sich bei den Blauhelmen um Soldaten nationaler Armeen handelt, die zwar dem UN-Kommando unterstellt sind, aber nach dem Verhaltenskodex ihres Landes handeln. Es wurde gesagt, da könne man nichts machen.

Das ist richtig; UN-Soldaten stehen unter der Gesetzgebung ihres jeweiligen Herkunftslands und sind natürlich durch ihren kulturellen Kontext geprägt. Dennoch kann man eine Menge tun. Wir lassen inzwischen die Personalakten der Soldaten prüfen, bevor sie entsandt werden. Wenn sie durch irgendwelches Fehlverhalten auffällig geworden sind, werden sie auf keinen Fall eingesetzt. Die Kommandanten werden für ihre Soldaten zur Rechenschaft gezogen. Mangelnde Disziplin ist nun ein Vergehen der Soldaten, aber auch ihrer Vorgesetzten, wenn diese ihre Aufsichtspflicht verletzt und das nicht unterbunden haben. Dies ist neu. Das hat man früher nicht gemacht.

Außerdem haben wir gelernt, dass wir die UN-Standards noch deutlicher machen und Informationen klar verständlich ausgeben müssen. Nicht in jedem Land ist Prostitution untersagt, und auch die Minderjährigkeit wird nicht überall gleich festgesetzt. Wir müssen das Bewusstsein für Recht und Unrecht schärfen, um Fehlverhalten schon im Keim zu ersticken. Darum wird unser Verhaltenskodex nun auch

2 IANSA, Oxfam, and Saferworld (Eds.), *Africa's Missing Billions. International Arms Flows and the Cost of Conflict*, Briefing Paper No.107, Oktober 2007; http://www.oxfam.org/en/files/bp107_africas_missing_billions_0710.pdf/download

in die Landessprachen der Truppensteller übersetzt, und alle Soldaten müssen – ebenso wie unsere zivilen Mitarbeiter – zu Beginn ihres Einsatzes an einer Schulung teilnehmen. Man hat ganz konsequent gesagt, dies sind die roten Linien, die ihr nicht überschreiten dürft. Soldaten mit Bussen ins Bordell zu bringen, ist so eine rote Linie. In der Hinsicht, dass man das nicht laut und deutlich genug gesagt hat, hat bei den UN sicherlich ein Defizit bestanden. Doch das hat sich in letzter Zeit sehr geändert.

»Wenn wir in Irak irgendwohin wollen, müssen wir uns von den Amerikanern Sitzplätze in ihren Flugzeugen geben lassen.«

Ich möchte aber auch betonen, dass Fehlverhalten und Disziplinlosigkeit nur einigen wenigen UN-Mitarbeitern vorzuwerfen ist. Die allermeisten ›Peacekeeper‹ – Militärs und Zivilisten gleichermaßen – arbeiten im Rahmen der vorgegebenen Standards und mit großem Engagement, oftmals in schwierigen und gefährlichen Situationen. Und dafür sind wir als Organisation ebenso wie die Bevölkerung der Gastländer, in denen UN-Missionen stationiert sind, sehr dankbar. Es wäre falsch, diesen ehrenhaften Einsatz mit dem Fehlverhalten einzelner Soldaten oder Zivilisten in einen Topf zu werfen.

Ich würde gerne auf Irak zu sprechen kommen, ein Land, in dem DPA auch engagiert ist. Können und sollen die UN den Koalitionstruppen dabei helfen, den Schaden wieder gutzumachen, den sie selbst angerichtet haben? Ban Ki-moon scheint weniger zögerlich zu sein als sein Vorgänger, die UN wieder mit mehr Personal nach Irak zurückkehren zu lassen. Wie ist die Strategie zurzeit? Würden die UN eine eindeutige Junior-Rolle neben den USA akzeptieren?

Wir haben schon eine Rolle. Es hängt nicht von den USA ab oder von uns, das zu akzeptieren. Wir bekommen die Rolle vom Sicherheitsrat übertragen. Ich glaube das Kofi Annan deswegen zögerlich war, weil dieser 13. August 2003, an dem unser Büro in Bagdad angegriffen wurde und Sergio Vieira de Mello und viele andere UN-Mitarbeiter getötet wurden, einen sehr starken Schock bei ihm hinterlassen hat. Deswegen war er besonders vorsichtig und vielleicht auch etwas zögerlich, sich wieder in Irak zu engagieren.

Ban Ki-moon hat diesen emotionalen Bezug dazu natürlich nicht. Er sagt: Wie kann man diesen Konflikt lösen? Die Amerikaner sind nach den Ereignissen der letzten Jahre sicher nicht in der Lage, das selbst zu schaffen. Er möchte gerne, dass die UN dort stärker aktiv werden. Für uns ist es sehr schwierig in Irak, einfach deswegen, weil wir aus Sicherheitsgründen

wenig Bewegungsfreiraum haben. Uns stehen weder Flugzeuge noch sonst irgendetwas zur Verfügung. Wenn wir irgendwo hinwollen, müssen wir uns von den Amerikanern Sitzplätze in ihren Flugzeugen geben lassen. Das ist eine große Einschränkung und es bedeutet, dass man praktisch nur mit der Führungsspitze zusammenarbeitet und sieht, was man damit erreichen kann. Es ist eine sehr schwierige Arbeit.

Es ist klar, dass der Sicherheitsrat über das Engagement entscheidet, aber prinzipiell stellt sich doch die Frage, ob die UN damit im Nachhinein doch diesen Krieg legitimieren.

Für mich ist die Frage eher, wie wir die Iraker am besten unterstützen können. Sich ganz herauszuhalten, halte ich nicht für richtig. Auch wenn man am Anfang den Einmarsch fremder Truppen nicht gutgeheißen hat. Die UN haben immer gesagt, man kann das anders lösen; es gibt keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen, wie damals suggeriert wurde. Doch deswegen kann man nicht sagen: Ich bleibe jetzt auf dem Zaun sitzen und gucke mir an, wie das da alles zu Ende geht. Ich finde schon, dass man dann sagen muss: So ist nun einmal die Situation, wie können wir damit am besten umgehen?

Aber wie gesagt, das Problem für uns ist auch, dass es aufgrund der prekären Sicherheitslage im Land unsere Bewegungsfreiheit extrem eingeschränkt ist. Und natürlich ist es keine einfache Sache, Leute dazu zu bringen, nach Irak zu gehen. Sie finden wenige Freiwillige, die sich dazu verpflichten. Die ganzen Lebensumstände, das ist alles sehr kompliziert dort. Man geht nicht ohne persönliches Risiko dorthin.

Glauben Sie, dass sich die UN erst dann stärker engagieren werden, wenn die Koalitionstruppen abziehen?

Das sind Spekulationen.

Dann könnten aber die UN die Hauptrolle übernehmen.

Tja, aber soweit sind wir nicht. Es ist nicht abzuwarten, ob oder wenn ja, wann die Amerikaner ihre Truppen abziehen. Der Druck ist schon sehr stark und wird sicherlich noch stärker, je näher die Wahlen in den USA kommen und erst recht nach den Wahlen. Trotzdem kann ich mir nicht vorstellen, dass die UN sofort mit Blauhelmen dorthin gehen. Wer soll die Blauhelme stellen? Und was wäre ihr Mandat? Wir haben jetzt schon Schwierigkeiten, ausreichend Truppen zu bekommen, und es wird sicherlich nicht einfacher, wenn man auch noch an Irak denkt.

Das Gespräch in deutscher Sprache fand am 12. Oktober 2007 in Berlin statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß.